Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : Eroberung des Weltraums? ; Der Überfall auf Kuba ; Amerika auf der schiefen Ebene ; Die Spannung in Ostasien ; Frankreich, wohin? ; Die westdeutsche Gefahr

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140573

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

4. durch konstruktive Arbeit in anderen Teilen Lateinamerikas die sozialen Verhältnisse, die totalitären Nationalismus entstehen lassen, zum Verschwinden bringe.

Ein typisches indisches Volkslied

Sie hören diese Melodie in dem Haus eines Bauern, auf den Feldern, wo die Bauern arbeiten, von den Fischern, die nach des Tages Arbeit auf dem Fluß oder auf dem Meer nach Hause kommen. Mahatma Gandhi liebte dieses Lied sehr. Bei allen seinen Versammlungen wurde dieses Lied zu Beginn entweder als Einzel- oder als Chorgesang gesungen.

Wenn niemand deinem Rufe folgt, dann geh allein.

Wenn niemand deine Meinung achtet, verzage nicht, sondern halte weiter an ihr fest.

Stürme, Wirren und Hindernisse werden auf deinem Wege sein, bringe sie hinter dich, halt an deinem Glauben fest.

Eines Tages wird jedermann auf dich hören, alle werden deinen Ratschlägen folgen und dir Glauben schenken, denn du hast recht.

Wenn du die Wahrheit in dir trägst, dann fürchte nicht, allein zu gehen.

WELTRUNDSCHAU

Eroberung des Weltraums! Eine Zeitschrift wie die unsere, die nur einmal im Monat herauskommt, hat es schwer, mit ihren Erläuterungen zur Zeitgeschichte auch nur einigermaßen den Ereignissen auf dem Fuß zu folgen. Unser Aprilheft war noch nicht einmal in den Händen der Leser, da überstürzten sich schon wieder die neuen «Sensationen», die die Menschen in Atem hielten: Weltraumflug Gagarins, Beginn des Eichmannprozesses, Angriff auf Kuba. Und gerade am Tag seines Erscheinens ereignete sich auch noch der neue Militärputsch in Algerien, von dem wir in unserer letzten Weltrundschau geschrieben hatten, de Gaulle glaube ihn nicht mehr fürchten zu müssen . . .

Sagen wir darum unsere Meinung zu diesen Vorgängen wie üblich mit dem unvermeidlichen Zeitabstand, der freilich auch den Vorteil bietet, daß sich das Urteil ruhiger und umsichtiger bilden kann, als das möglich ist, wenn es, wie in einer Tageszeitung, unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse selbst abgegeben werden muß. Zunächst also der erste *Weltraumflug* eines Menschen unserer Erde. Daß die

sowjetischen Gelehrten und Techniker es fertig gebracht haben, ein Fahrzeug herzustellen und auszusenden, das einen Menschen, frei von der Anziehungskraft der Erde, dreimal mit wahnsinniger Geschwindigkeit um unseren Planeten herumkreisen und zur vorausbestimmten Zeit und am vorausbestimmten Ort wieder glücklich landen ließ — das ist selbstverständlich eine menschliche Leistung hohen Ranges. Und die Russen dürfen darauf ebenso stolz sein, wie die Amerikaner sich aufs neue durch die verachteten und geschmähten Kommunisten gedemütigt vorkommen. Daß man sich in der «freien» Welt mit dem Bewußtsein zu trösten sucht, halt doch moralisch diesen gottlosen Staatssklaven überlegen zu sein, bessert die Lage für den Westen in keiner Weise; die Tatsache bleibt bestehen, daß die Russen trotz oder vielleicht gerade dank ihrem Diktaturregiment eine wissenschaftlich-technische Glanzleistung vollbracht haben, die auch die Amerikaner mit heißem Bemühen erstrebt, aber trotz all ihrer vorgeblichen Freiheit nicht vor den Russen fertiggebracht haben. Und das gibt überall in der Welt zu denken.

Dennoch frage ich mich immer wieder, ob die «Eroberung des Weltraums» *in unserer gegenwärtigen Lage* wirklich die ungeheuren Kräfte und Mittel wert sei, die dafür aufgewendet werden. Sind die gefeierten Leistungen der Raketentechnik, der Elektronik und der Automation nicht ein neues Beispiel dafür, daß der moderne Mensch — im Osten wie im Westen — zwar eine verblüffende Tatkraft in der Erforschung und Beherrschung der Außenwelt entwickelt, gegenüber der Bewältigung der ihm gestellten *sittlichen* Aufgaben, besonders wenn sie das Gemeinschaftsleben betreffen, aber verhängnisvoll versagt? Man mag mich rückständig und engherzig schelten, aber ich komme einfach nicht darüber hinweg, daß in die Bemühungen um die Eroberung des Weltraums jetzt Mittel und Kräfte hineingesteckt werden, die in erster Reihe für die Überwindung von Armut und Not, Krankheit und Unwissenheit und damit auch weithin der Kriegsursachen auf unserer Erde verwendet werden müßten. Präsident Kennedy hat ohne Zögern angekündigt, daß jetzt zusätzlich zwei Milliarden Dollar eingesetzt würden, um den Rückstand der Vereinigten Staaten in der Weltraumschiffahrt aufzuholen, aber fast gleichzeitig 600 Millionen Dollar für genügend befunden, um sein Hilfsprogramm für Lateinamerika anzupacken. Wieviel menschliche Not könnte gemildert, ja aus der Welt geschafft werden, wenn sowohl Amerika als die Sowjetunion auch nur die riesigen Geldmittel und Anstrengungen, die sie jetzt ihren ehrgeizigen Weltraumplänen opfern, den unterentwickelten Völkern Asiens, Afrikas und Amerikas (nicht zu reden von Süd- und Osteuropa) zugut kommen ließen! Und wenn es nicht nur Ehrgeiz ist, was zur Eroberung des Weltraums antreibt, wenn dahinter auch der Gedanke lauert, den der amerikanische Senator Brooks, der Vorsitzende des Ausschusses für Weltraumfragen, ausgesprochen hat: «Die Nation, die den Weltraum beherrscht, beherrscht die Erde» —

dann ist die Weltraumfliegerei bei dem militärischen Wettlauf der beiden führenden Großmächte erst recht unverantwortlich, dann steht sie nicht im *Dienste* der Menschheit, sondern droht ihren *Untergang* mit herbeizuführen. Daran sollte man in aller Welt zuerst denken!

Der Überfall auf Kuba Wie wenig die Großmächte gewillt sind, ihre ganze Kraft dem Kampf gegen Armut und Not und für Gerechtigkeit und Freiheit auf dieser Erde zu widmen, lehrt neuerdings der amerikanische *Überfall auf Kuba*. Ich sage: der *amerikanische* Überfall. Denn trotz allen Ableugnungen von höchster amtlicher Stelle aus ist es ja offenkundigste Tatsache, daß der Angriff kubanischer Flüchtlingsgruppen auf ihr Heimatland nur dank massiver Hilfe der Vereinigten Staaten möglich war und daß diese Kubaner, als Fremdenlegionäre der Vereinigten Staaten, ihre Haut zu Markte zu tragen hatten, während die Amerikaner alles andere — Geld, Waffen, Ausrüstungen aller Art, Flugzeuge, Schiffe usw. — lieferten, ihre eigenen Boys aber vorsichtig zu Hause behielten. Diese Tatsache ist so vielfältig und zuverlässig bezeugt, daß dagegen alle Beteuerungen Kennedys, die USA hätten nicht militärisch in Kuba eingegriffen und den Gegenrevolutionären nur ihre «Sympathie» zugewendet, dagegen nicht aufkommen und sich einfach als widerliche Heuchelei und Unwahrhaftigkeit erweisen. Auch Nehru, der doch an diplomatische Verschleierung unangenehmer Tatsachen durch andere gewöhnt ist, sagte öffentlich, er finde es «etwas schwierig», einen Unterschied zwischen bewaffnetem Eingreifen und der Lieferung von Waffen an die Exilkubaner zu machen, die gleichzeitig ermuntert worden seien, Kuba anzugreifen. Und sogar Radio Beromünster ließ zum großen Ärger der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Kommentar zu den Ereignissen auf Kuba durchgehen, der die Verantwortung für den Angriff eindeutig den Amerikanern zuschob. «Leichtfertiger Radio-Journalismus» überschrieb die «NZZ» den Protestbrief eines Lesers gegen diese Feststellung der Schuld Washingtons. Die Weltöffentlichkeit — außerhalb Seldwylas — urteilt anders. Die Vereinigten Staaten handelten mit ihrem Angriff auf Kuba nicht nur ihrem eigenen Neutralitätsgesetz zuwider, sondern verletzten auch klar die Satzung der Vereinten Nationen und den Vertrag zwischen den Mitgliedern der Amerikanischen Staatenorganisation, der in seinem Artikel 15 bestimmt: «Kein Staat und keine Staatengruppe hat das Recht, aus irgend einem Grunde direkt oder indirekt in die äußeren oder inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen.»

Direkt oder indirekt! Wenn damit nicht auch die Organisierung und Finanzierung des Überfalles auf Kuba von Nordamerika aus getroffen ist, dann haben solche Vertragsbestimmungen überhaupt keinen Wert. Und doch hat weder die Amerikanische Staatenorganisation noch die UNO dagegen klaren und irgendwie scharfen Einspruch erhoben. Insbesondere die Aussprache über Kuba in den Vereinten Na-

tionen hat mit einer kläglich nichtssagenden Scheinentschließung geendet, die in Washington nur mit Hohn aufgenommen werden konnte. Man stelle sich aber vor, die Sowjetunion hätte sagen wir gegenüber Persien eine ähnliche Politik des «Nichteingreifens» betrieben, um die dortige amerikafreundliche Regierung zu stürzen — was für ein wildes Entrüstungsgeschrei hätte sich in der ganzen «freien» Welt erhoben, und was für bombastische Protestresolutionen wären in der UNO unter Führung der Vereinigten Staaten gefaßt worden . . .!

Der Angriff auf Kuba ist dann freilich schon nach kaum 72 Stunden in sich selber zusammengebrochen. Und das heißt, daß die Vereinigten Staaten mit ihrem kriegerischen Antikommunismus eine neue, empfindliche Niederlage erlitten haben. Ihr Ansehen in der Welt ist weiter gesunken, und der Kredit, den man ihrem neugewählten Präsidenten so vielfach einzuräumen bereit war, hat sich eine Einschränkung gefallen lassen müssen, die sich bei allen seinen weiteren Unternehmungen peinlich bemerkbar machen wird. Man sucht jetzt natürlich in Amerika nach den Ursachen des Fehlschlags und glaubt sie in der stümperhaften Vorbereitung der Landungsoperation, in der militärischen Stärke der Regierungstruppen, in einer falschen Einschätzung der Gesinnung des kubanischen Volkes — und überhaupt in den «Irrtümern» der Spionageorganisation des Herrn Allan Dulles finden zu müssen, die schon so oft die Washingtoner Regierung irregeführt habe, beim Juniaufstand von 1953 in der DDR, bei den Unruhen in Posen und bei der ungarischen Erhebung von 1956, beim Suezkrieg, bei der Revolution in Irak und bei zahlreichen anderen Gelegenheiten. Aber wie oberflächlich sind doch all diese Erklärungsversuche! Der entscheidende, tiefere Grund für den Mißerfolg des kubanischen Abenteuers liegt ja einfach in der völligen Verständnislosigkeit, die man in den Vereinigten Staaten (wie in den meisten Ländern des Westlagers überhaupt) gegenüber der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung der unterentwickelten, notleidenden Völker in der ganzen Welt und so auch des kubanischen Volkes beweist. Präsident Kennedy, der sich auf seine Geschichtskenntnis etwas zugute tut, sollte wirklich wissen, daß — wie ein Leserbrief an die «New York Times» vom 8. April zutreffend feststellt — «wenige Flüchtlingsgruppen, auch wenn sie von mächtiger ausländischer Hilfe gefördert werden und wenn starke gegenrevolutionäre Kräfte in der Heimat am Werk sind, jemals eine wahrhaft soziale Revolution besiegen konnten, die eine herrschende Unterdrückerklasse beseitigt, den Bauern Land gegeben und die Arbeiter von Armut und Ausbeutung befreit hat». Er sollte darum auch wissen, wie falsch gerade auch im Fall Kuba die Formel ist, auf die er — das übliche Schlagwort gedankenlos weitergebend — den ganzen politischen Weltgegensatz unserer Tage bringen möchte: Kampf der bürgerlichen Freiheit gegen kommunistische Tyrannei, der Menschlichkeit gegen Unmenschlichkeit, des Rechtes und der Gerechtigkeit gegen Staatswillkür und Gewaltherrschaft.

Freiheit, Menschlichkeit, Gerechtigkeit — das ist es ja gerade, was das Volk Kubas erkämpften wollte, als es sich gegen die Gewaltherrschaft und Ausbeutungswirtschaft seiner einheimischen Tyrannen erhob, die mit den Vereinigten Staaten so eng verbunden waren und eigentlich nur als deren gut bezahlte Geschäftsführer wirkten. Ein Drittel des so wundervoll fruchbaren Bodens von Kuba gehörte einer Handvoll Großgrundbesitzer und Plantagenkapitalisten und blieb oft nutzlos brach liegen, während die Masse der besitzlosen oder landarmen Bauern und Landarbeiter während neun Monaten im Jahr Hunger litt und beschäftigungslos blieb, nachdem die Zuckerernte vorbei war. Vor der Revolution war es (nach der Schilderung eines amerikanischen Schriftstellers in der «Washington Post») so, daß «ein Kubaner drei Meilen weit gehen mußte, um Wasser zu holen . . . , 40 Meilen, um einen Arzt zu bekommen . . . , und zehn Meilen, um einen Toten zu begraben. Er hatte kein Radio und keine Zeitung . . . Es gab keine Schulen . . . Die Regierung tat nichts, außer daß sie ihn mit Soldaten, Feldpolizei und Steuern plagte». Auch die Regierung der Vereinigten Staaten tat nichts, um diese Zustände zu beseitigen; sie stellte sich vielmehr hinter die amerikanischen Kapitalgesellschaften, die daraus große Gewinne zogen, und stützte jeden Diktator, der seinerseits seine Hand über die einheimischen und ausländischen Profiteure hielt, zuletzt das Gewaltregiment Batistas, das für die Ermordung von einigen 19 000 oder 20 000 Kubanern verantwortlich ist. (Kingsley Martin im «New Statesman», 21. April 1961.)

Und doch hätten die Vereinigten Staaten die Macht gehabt, in Kuba Reformen zu veranlassen, wie sie dann Fidel Castro *gegen* die USA durchführen mußte. Ein früherer amerikanischer Botschafter in Kuba, Earl E. T. Smith, bezeugte am 30. August 1960 vor einem Senatsausschuß unverblümt: «Bis zum Aufkommen Castros hatten die Vereinigten Staaten in Kuba einen so überwältigenden Einfluß, daß der amerikanische Botschafter der zweitmächtigste Mann in Kuba war, manchmal sogar mächtiger als der Präsident. Der Grund liegt in der Stellung, die die Vereinigten Staaten in Kuba einnahmen.» Kann man da noch Kennedys Anspruch ernst nehmen, einen Freiheitskampf kubanischer Patrioten unterstützt zu haben — von «Patrioten», die, wie alle unabhängigen Berichte uns versichern, im wesentlichen Nutznießer des vorrevolutionären Diktatur- und Ausbeutungsregiments waren? Daß es unter ihnen auch liberal-bürgerliche Gruppen gab, die bis zu einem gewissen Punkt die Revolution unterstützten, ist unbestritten; wenn sie aber die Anlehnung des neuen Kuba an die kommunistischen Oststaaten beklagen und sich die Regierung der USA auf sie beruft, um das Recht einer gewaltsamen Gegenrevolution zum Zweck des Sturzes der «finsteren Tyrannei Castros» zu beweisen, so muß immer wieder daran erinnert werden, daß es die amerikanischen Kapitalgesellschaften und die Washingtoner Regierung selber waren,

die mit ihrem Widerstand gegen die keineswegs als kommunistisch zu bezeichnenden Reformen Castros die Regierung von Havana zwang, Hilfe gegen den Versuch einer wirtschaftlichen Erdrosselung von der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der Chinesischen Volksrepublik zu erbitten. Ohne das Öl, das Kuba nun aus dem Osten bekam, und ohne den Zucker, den es dorthin liefern konnte, wäre das neue Regime einfach zugrundegegangen.

Was soll nun aber weiter werden? Kennedy hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Niederlage der Vereinigten Staaten im Kampf um Kuba nicht untätig hinnehmen werde. Er drohte sogar in dunklen Wendungen mit einem «einseitigen», das heißt wohl militärischen Vorgehen der USA gegen Kuba, falls die übrigen amerikanischen Regierungen sich nicht zu einem gemeinsamen Einschreiten gegen die «Unterwühlung der westlichen Erdhälfte» durch den östlichen Kommunismus aufzuraffen vermöchten. Man hat geradezu den Eindruck, daß Washington nur auf einen Vorwand lauere, um in Kuba selbst «Ordnung zu schaffen», wie es das früher in Mexiko, Nikaragua, Panama usw. zu tun gewohnt war. Auf jeden Fall bereitet sich die amerikanische Regierung umsichtig darauf vor, daß die «nächste» Landung in Kuba mit Kräften und nach Plänen ausgeführt werden kann, die einen so blamablen Fehlschlag wie das erste Mal ausschließen. Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 1603) glaubt bereits feststellen zu können, daß auch von Südamerika aus Fidel Castro weniger Unterstützung finden werde als bisher. «Der Rest dürfte bei Washington liegen, das durch eine ‚dynamische', auch den Machtfaktor gebührend in Rechnung stellende Politik sicherlich leicht eine Situation zu schaffen (!) in der Lage wäre, aus der heraus das kubanische Volk selber seine Revolution retten könnte.»

Der vollendete Zynismus! Aber offenbar entspricht dieser Plan nicht nur den Wünschen europäischer Reaktionäre, sondern durchaus auch der Stimmung des amerikanischen Volkes selbst, dessen Presse und Radio voll Rühmens für die Forschheit und Zielbewußtheit ist, die Präsident Kennedy in seiner Handhabung der kubanischen Angelegenheit bewiesen habe, und — mit Ausnahmen natürlich — eine militärische Kraftprobe gegenüber Castro geradezu herbeisehnt. Daß Kuba das willenlose Werkzeug des Weltkommunismus sei und ganz Amerika für den Bolschewismus reif machen solle, ist nun einfach die fixe Idee sowohl der Kennedy-Regierung als der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten. Darüber wird überhaupt nicht mehr diskutiert, auch nicht mit den europäischen Verbündeten. Man wird darum als ganz sicher annehmen müssen, daß die kubanische Revolution neuen Angriffen von außen und innen ausgesetzt sein wird, hinter denen noch offener als bisher die nordamerikanische Union stehen wird, die doch schon mit ihrer Begünstigung des Überfalls vom April 1961 mehr für die Ausbreitung des Kommunismus und die Mehrung

seines Ansehens in Lateinamerika getan hat als alle kommunistischen Propagandastellen zusammen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß aus allen solchen Unternehmungen nur schweres Unheil erwachsen kann. Selbst wenn es gelänge, Castro zu beseitigen, so müßte der Versuch, die radikalen Reformen der neuen Ordnung rückgängig zu machen und nur ein mild liberales Regime aufzurichten, unter dem die nordamerikanischen Plantagengesellschaften, Industriewerke und Handelsunternehmungen wieder zu ihrem Eigentum kämen, ein Blutvergießen und eine Gewaltherrschaft herbeiführen, die mit Liberalismus nichts mehr zu tun hätten und im übrigen Lateinamerika einen Sturm der Empörung entfesseln würden. Ja, es darf als ausgemacht gelten, daß die Sowjetunion einen solchen gegenrevolutionären Umsturz nicht nur mit diplomatischen Protestnoten beantworten würde, sondern sich zu einem Gegenangriff irgendwelcher Art genötigt sähe, sei es auch «nur» in Form eines Schlages gegen Berlin oder eines Eingreifens in Südostasien, in Persien oder sonst an einer verwundbaren Stelle des amerikanischen Machtsystems. Schon jetzt redet man in der westlichen Presse offen von einer Ausweitung des Konfliktes mit der Sowjetunion und von einer Verschärfung des Kalten Krieges, die sich aus der von Kennedy angekündigten «Neuüberprüfung der amerikanischen Politik» ergeben werde. Wie soll das erst werden, wenn es über Kuba zu einer gewollten Herausforderung des Ostblocks durch die Vereinigten Staaten käme?

Die Spannung in Ostasien Die Gefahr ist um so ernster, als auch Ostasien dauernd ein möglicher Brandherd von internationalem Ausmaß ist. Die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten ist ja immer noch von dem Gedanken beherrscht, daß es notwendig und möglich sei, das neue China durch eine Mauer feindlicher Staaten von seinen Nachbarländern im Osten und Süden abzusperren und durch solchen Druck entweder seinen Zusammenbruch von innen herbeizuführen oder es auf eine Zerschlagung der Volksrepublik von außen ankommen zu lassen. Einer dieser Staaten sollte Laos sein. Wie aber an dieser Stelle schon wiederholt gezeigt wurde, ist der Versuch, Laos in das amerikanische Machtsystem einzugliedern, trotz Aufwand größter Mittel und Anstrengungen gründlich mißlungen. Auch die jüngste amerikahörige «Regierung», diejenige des Prinzen Boum Oum, die durch einen militärischen Gewaltstreich eingesetzt wurde, ist in schwerste Bedrängnis geraten und kann sich der Anhänger des vertriebenen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma nicht mehr erwehren, so daß die Vereinigten Staaten durch britische Vermittlung dringend einen Waffenstillstand verlangen mußten. Der dürfte jetzt auch, nach langem Hin und Her, zustandekommen; aber der Pathet Lao, die Streitkraft der «Rebellen», hat die Zwischenzeit dazu ausgenützt, seine militärischen Stellungen weiter

zu verbessern und sich so für die kommenden diplomatischen Verhandlungen über die Zukunft des Landes stärkste Trümpfe zu sichern. Da der Pathet Laos von der Sowjetunion und von Nordvietnam Unterstützung bekam, verstärkten auch die Vereinigten Staaten ihre «Militärmission» in Laos und ihre Waffenlieferungen an Boum Oum und drohen sogar mit direktem militärischem Eingreifen, falls die «Rebellen» noch weiter vorstoßen sollten. Dazu wird es nun wohl nicht kommen, so sehr Präsident Kennedy darauf brennen mag, die Scharte, die das amerikanische Schlachtschwert in Kuba erlitten hat, durch scharfes Draufgehen in Laos wieder auszuwetzen. Vielmehr soll nun in Genf doch die lang umstrittene Vierzehner-Konferenz eröffnet werden, die eine friedliche Lösung der laotischen Frage finden und die außenpolitische Neutralität des Königreiches sicherstellen soll.

Man kann wirklich darauf gespannt sein, wie diese Neutralität aussehen wird, haben doch die Kräfte der Linken in Laos eindeutig die Oberhand, wie denn auch das ganze natürliche Gefälle der laotischen Politik ausgesprochen auf Nordvietnam und China zu geht. Wie dem aber auch sein mag: an Laos wie an Ostasien überhaupt sieht man aufs neue, wie starrsinnig man sich im Lager der Westmächte weigert, das Recht der bisher kolonialistisch und imperialistisch ausgenützten «rückständigen» Völker auf eine Entwicklung nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen vorbehaltlos anzuerkennen. Man *will* einfach nicht sehen, daß *alle* Völker frei sein wollen, daß die Welt *sozialistisch* werden muß, wenn die Menschen frei und würdig leben sollen, und daß ein jeder unfehlbar unter die Räder kommt, der sich unter dem Vorgeben, «die Freiheit» — lies: die kapitalistische Wirtschaftsfreiheit und die zu ihr gehörige Scheindemokratie — verteidigen zu müssen, dieser Entwicklung entgegenstemmt.

Frankreich, wohin? Wie bestürzend wenig die alten Herrenklassen und -kasten die Zeichen der Zeit verstehen, erlebt man immer wieder auch an *Frankreich*. Ich hatte in meiner April-Rundschau allzu rasch bereits angenommen, der Weg für die Freigabe *Algeriens* durch sein «Mutterland» werde nunmehr in Kürze frei sein. De Gaulle, so bemerkte ich, scheine keinen Militärputsch in Algerien mehr zu befürchten, so daß also das Haupthindernis für einen Friedensschluß mit dem FLN (Front National de Libération) beseitigt sei. In Wirklichkeit warteten die verbissenen Vorkämpfer einer Algérie française nur auf ihre entscheidende Stunde. De Gaulle wurde zwar immer und immer wieder vor der Militärverschwörung gewarnt, die ihr Netz von Algerien aus über ganz Frankreich, ja bis zu den französischen Besatzungstruppen in Deutschland hin gesponnen hatte, und deren Pläne mindestens in großen Zügen dem französischen Spionagedienst bekannt gewesen sein mußten. Aber er glaubte offenbar in schwer verständlicher Vertrauensseligkeit fest, daß sich die Armee nie offen gegen ihn erheben würde, zumal sie es ja selbst war,

die ihn zur Macht emporgetragen hatte. Die sich bildende Armeeverschwörung im Keim zu ersticken, hätte für ihn geheißen, sich der Hauptstütze seiner Führerstellung selbst berauben; er wäre dann gezwungen gewesen, Rückhalt beim *Volk*, und zwar vor allem bei den Kräften der republikanischen und sozialistischen Linken, zu suchen — und das ging völlig gegen seine konservativ-autoritären Grundanschauungen. So konnten die Verschwörer, in deren Namen vier pensionierte Generäle vor die Öffentlichkeit traten, den ersten Teil ihres Planes — die Ergreifung der Macht in Algerien — mehr oder weniger erfolgreich ausführen, während der Hauptstreich, den sie beabsichtigt hatten — die Eroberung von Paris — mißlang, ja nicht einmal richtig ins Werk gesetzt werden konnte.

Warum? Es mögen verschiedene Umstände zusammengewirkt haben, um die geplante Landung von Fallschirmtruppen (meist Fremdenlegionären!) in Frankreich zu verhindern. Am wahrscheinlichsten klingt die Vermutung, daß das bei Paris befindliche Hauptquartier der NATO, in dem die Amerikaner vorherrschen, die Führer des algerischen Putsches wissen ließ, alle Flugzeuge, die sich in offenbar feindlicher Absicht den NATO-Stützpunkten nähern sollten, würden ohne weiteres abgeschossen, während gleichzeitig Präsident Kennedy in auffälliger Form der französischen Regierung die Hilfe der Vereinigten Staaten anbot. Die Warnung wirkte — und gab der Pariser Regierung, die sich inzwischen der ganzen Gefahr klar bewußt geworden war, genügend Zeit, um über de Gaulles Kopf hinweg das Volk zum Widerstand aufzurufen. So kam es, daß über Nacht alle Flugplätze für Fallschirmlandungen unbrauchbar gemacht und alle wichtigeren Verbindungslinien im ganzen Land von Freiwilligen und treu gebliebenen Truppenteilen besetzt wurden. Der kurze Warnstreik von zehn Millionen Arbeitern am Nachmittag des 24. April tat das Übrige, um General Challe, den eigentlichen Kopf der Verschwörung, zu überzeugen, daß seine Sache verloren sei. Keine drei Tage nach seinem Ausbruch war der Aufstand zusammengebrochen. Aber ist damit de Gaulle wirklich Sieger geblieben und der Rest von französischer Demokratie, der noch da sein mag, gerettet? Wohl dürften jetzt die Friedensverhandlungen mit dem FLN endlich in Gang kommen; aber wie die neue Staatskrise, in die Frankreich gestürzt worden ist, überwunden werden soll, ist noch völlig unklar. Gewiß, de Gaulle und seine Regierung wüten jetzt anscheinend rücksichtslos gegen alle Teilnehmer und Begünstiger der Verschwörung. Und vorherdand ist denn auch vor allem die Armee — das heißt das Offizierskorps — eingeschüchtert, politisch entmachtet und innerlich zerrüttet. Aber was für ein *Gesamtplan* steht hinter diesem umfassenden Säuberungsunternehmen? «Wird de Gaulle», so fragt Paul Johnson, der die kritischen Tage in Paris miterlebt hat, im «New Statesman», «. . . endlich die aufrührerischen Offiziere der vollen Strafe für Auflehnung gegen die Zivilgewalt zuführen? Oder wird er dem Trugbild einer nationalen

Einheit, das er so liebevoll hegt, weiter nachjagen und abermals unvereinbare Dinge zu vereinbaren suchen, indem er der Armee erlaubt, ein Sonderstaat innerhalb des französischen Staatsgefüges zu sein? Jegliche Regung von Vernunft, Gerechtigkeit und gesundem Menschenverstand sollte zu der ersten Lösung führen. Aber alles, was wir von de Gaulle wissen, spricht dafür, daß noch immer die Gefahr besteht, er werde sich für die zweite Lösung entscheiden.»

De Gaulle ist eben — um nochmals daran zu erinnern — nur auf den Schultern der nationalistisch-reaktionären Armeeführer zu seiner heutigen Stellung als allmächtiger Diktator Frankreichs aufgestiegen. Und man kann es den Generälen und Obersten, die den Staatsstreich vom 13. Mai 1958 ins Werk gesetzt haben, eigentlich nicht verdenken, daß sie, enttäuscht von de Gaulles «Halbherzigkeit», mit der Erhebung vom 22. April 1961 ihre Revolution bis zu ihrem logischen Ziel weitertreiben wollten, statt sich vom Präsidenten der Fünften Republik nur als Werkzeug für *seine* Pläne benutzen zu lassen. Kann also de Gaulle wirklich auf halbem Weg stehen bleiben und nach der Zerschlagung der Militärverschwörung seine nationalistisch-autoritäre Politik fortsetzen, die doch eine schlagkräftige, selbstbewußte Armee zur Bedingung hat? Steht so Frankreich nicht vor der Wahl, den Weg zum Faschismus bis zu Ende zu gehen oder gänzlich umzukehren und mit dem Verzicht auf Algerien zugleich einen radikal demokratisch-sozialen, ja sozialistischen Kurs einzuschlagen? Je nachdem die Entscheidung ausfällt, wird sie auch auf die Geschichte des übrigen Westeuropas stärkste Wirkungen ausüben, ja vielleicht weltpolitische Bedeutung ersten Ranges gewinnen.

Die westdeutsche Gefahr Zunächst darf man freilich hoffen, daß es wenigstens mit der Erhebung *Algeriens* zum unabhängigen Nationalstaat vorwärts gehen werde, wenngleich de Gaulle gerade wegen seines «Sieges» über die Armee alles daran setzen wird, um vor der Mit- und Nachwelt nicht einfach als der Totengräber des französischen Kolonialreiches dazustehen. Aber das wird eben doch nichts daran ändern, daß Afrika von Algier bis Kapstadt mit raschen Schritten seiner gänzlichen Befreiung von europäischer (und amerikanischer!) Beherrschung entgegengeht. Auch das westafrikanische *Sierra Leone* hat auf den 1. Mai dieses Jahres nach 150jähriger britischer Kolonialherrschaft seine Unabhängigkeit erlangt, und das ostafrikanische *Tanganyika* wird noch in diesem Jahr nachfolgen. Währenddessen sind nun auch die Portugiesen in *Angola* allen Ernstes zum Kampf mit der Freiheitsbewegung der versklavten Negerbevölkerung herausgefordert worden; sie werden diese ihre südwestafrikanische Kolonie auf die Länge so wenig behaupten können wie das an der Südostküste Afrikas liegende Mozambique, das nur wenig erfreulichere Verhältnisse aufweist als Angola. Im *Kongo* aber zeich-

net sich, wenn wir uns nicht täuschen, nun ein eigentlicher Umschwung zugunsten einer von fremder Ausbeutung wirklich befreiten Gesamtrepublik ab, wie sie Lumumba erstrebt hatte. Zum mindesten scheint das Treiben Tschombes allmählich sogar seinen bisherigen Freunden in Léopoldville, am Sitz der Zentralregierung, allzu bunt zu werden, wie auch die UNO-Beamten und -Truppenführer im Kongo dem Diktator des Katanga gegenüber endlich fester und darum auch erfolgreicher aufzutreten beginnen. Doch sei darüber ein nächstes Mal die Rede, wenn die Entwicklung weiter fortgeschritten sein wird.

Hingegen sei noch ein Blick auf *Westdeutschland* geworfen, diesen wohl bedenklichsten Gefahrenherd, der den Frieden der Welt bedroht. Wenn die dortige Sozialdemokratie noch irgendwelche Rasse hätte und den Namen einer Oppositionspartei wirklich verdiente, so wäre es für sie die schönste und dankbarste Aufgabe, die verhängnisschwangere Regierung Adenauer-Brentano-Strauß-Erhard zu stürzen und eine Wendung der westdeutschen Politik zu Abrüstung und Gemeinwirtschaft hin zu erkämpfen. Sie hat ja auch den Kampf um die Neubestellung des Bundestags, der im Herbst auszutragen ist, frühzeitig genug aufgenommen, indem sie ihr Programm «zeitgemäß» umgestaltete und Adenauer einen vermeintlich zügigen eigenen Kandidaten für das Kanzleramt gegenüberstellte. Aber das alles geschah eben nicht im Geist einer sozialistischen Neuordnung und Einigung Deutschlands, sondern durch Abwerfen allen «marxistischen Ballastes» und durch würdelose Anbiederung an die Regierung der Christlich-Demokratischen Union mit ihrer sowjetfeindlichen Außen- und Militärpolitik. Adenauer hat denn auch seinen sozialdemokratischen «Widersachern» verdientermaßen die kalte Schulter gezeigt und am jüngsten Parteitag der CDU klipp und klar festgestellt, daß von einer gemeinsamen Außenpolitik mit der SPD und von deren Beteiligung an einer künftigen Koalitionsregierung keine Rede sein könne; eine Partei, die so lange gebraucht habe, um sich zu *seiner*, des Kanzlers, Außenpolitik zu bekehren, sei keines Vertrauens würdig und schwöre nur deshalb ihre Vergangenheit ab, um endlich an die so heiß ersehnte Futterkrippe zu kommen.

Es wird der westdeutschen Sozialdemokratie nicht mehr viel helfen, daß sie jetzt noch schnell ein Forderungsprogramm herausgebracht hat, das ziemlich radikal tönt, aber auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und der hemmungslosen Kriegsrüstung nie verwirklicht werden könnte. Auch daß sie Herrn Franz-Josef *Strauß*, den Wehrminister, aufs Korn nimmt und die Losung ausgibt: «Wer Brandt nicht wählt, wählt Strauß», entbehrt völlig der Überzeugungskraft angesichts der Tatsache, daß die SPD die Außenpolitik Adenauers, aus der sich folgerichtig die Militärpolitik Straußens ergibt, in allen wesentlichen Punkten getreulich unterstützt und darum auch nicht imstande wäre, Strauß auszubooten, falls es zu einer sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung käme. Daß Strauß weitaus der

bedrohlichste Stürmer in der Bonner Regierungsmannschaft ist, unterliegt freilich keinem Zweifel. Die vielgelesene westdeutsche Wochenschrift «Der Spiegel» stellte letzthin (in Nr. 15/1961) mit bemerkenswertem Freimut fest, in der Deutschen Bundesrepublik sei «ein Mann groß geworden, der das Mißtrauen zwischen den Großstaaten unablässig genährt und der für die Bundesrepublik Waffen gefordert hat, die ... den Selbstmord der Menschheit auslösen können». Als einziger Prätendent auf den Sessel des Bundeskanzlers kann dieser Mann sich auf eine Hausmacht stützen, ja gleich auf eine doppelte Hausmacht: auf die Bundeswehr, die er zu einem Instrument seiner Karriere gestempelt, und auf die bayrische CSU (Christlich-Soziale Union), die ihn vor drei Wochen einmütig zu ihrem Vorsitzenden, will sagen zu ihrem «Chef», gewählt hat ... Das Gesicht des Mannes, der mit Vokabeln wie «totale Vernichtung», «selbstmörderisches Risiko», «absolute Abschreckung», «verbrecherische Dummheit», «dynamische Abschreckung» wie mit Jongleurkugeln um sich wirft, kennt jeder Bewohner der Bundesrepublik; das Gesicht des Mannes, von dem Zeitgenossen geschrieben haben, er sehe aus wie ein «stein of beer» («Time», 19. Dezember 1960), wie ein Maßkrug also, oder, er sei rein äußerlich «fast genau das, was die Franzosen meinen, wenn sie sachlich «boche» sagen (William S. Schlamm in «Die Grenzen des Wunders»). Einen der gefährlichsten Männer in Europa hat man Strauß genannt — und mit Recht. Seine Rüstungsleidenschaft kennt keine Grenzen. Von den Befürwortern des Planes für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa sagte er einmal: «Ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile schafft.» Seine Widersacher oder auch nur gelegentlichen Kritiker räumt er rücksichtslos aus dem Weg. Sein nächstes Opfer, so vermutet der «Spiegel», wird Außenminister von Brentano sein, «aus dem einfachen und in Bayern durchaus überzeugenden Grund, weil Strauß selbst der Meinung ist, diese Zwischenstation zum Kanzlergipfel nicht einfach überspringen zu können.»

Auf die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen ist Franz-Josef Strauß ganz versessen. Versteckt und offen (über die NATO) propagierte er die These, die Amerikaner würden sich für die Bundesrepublik nur dann schlagen, wenn ein «lokaler Angriff sofort auf eine vernichtende Gegenwehr mit taktischen Atomwaffen» stoßen würde. «Das konnte», wie die genannte Hamburger Zeitschrift erläutert, «nur bedeuten, daß die Bundeswehr fähig sein müsse, die Amerikaner, auch gegen ihren Willen, in einen Krieg hineinzuziehen.» Von der Absicht der Sowjetunion, eine große kriegerische Kraftprobe mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen, erklärt sich aber der westdeutsche Wehrminister völlig überzeugt. In der jüngsten Bundestagsdebatte über die Rüstungskredite sagte er wörtlich: «Es besteht kein Zweifel, daß sich die Sowjetunion die Mittel für eine offensive Stra-

tegie verschaffen will, daß sie sich durch den Bau ihrer Fernluftwaffe, durch den Bau ihrer interkontinentalen Rakete und ihre propagandistische Ausnützung, durch den Bau ihrer U-Boot-Waffe und die Einrichtung ihrer U-Boote eine Bewaffnung schaffen will, um damit nach Ausschaltung des amerikanischen Bündnissystems den Endkampf mit den USA zu wagen.»

Der «Spiegel» erklärt das als offenkundige Unwahrheit, als eine Behauptung, die mit der Kreml-Linie in völligem Widerspruch stehe, und fährt dann fort: «Wenn sich die Bevölkerung der Bundesrepublik, wenn sich die Mehrheit des Bundestages für Strauß entscheidet, votiert sie für die ‚Endkampf'-Psychose. Die Frage ist nicht, ob Strauß den Atomkrieg will. Natürlich will er ihn nicht. Er will ihn so wenig wie Chruschtschew. Aber er unterstellt dem Feind, daß er auf den Endkampf hinarbeitet, und aus diesem Denken muß der Krieg entstehen. Der Einwand, der Deutsche Strauß entscheide nicht über Krieg und Frieden, sticht nicht. Des Ministers Forderungen auf eine lückenlose atomare Abwehrkraft vom Nordkap bis zum Kaukasus läuft darauf hinaus, daß sehr wohl die Deutschen als stärkste Militärmacht Europas den Krieg auslösen können, daß entweder der deutsche Bundeskanzler oder der deutsche Verteidigungsminister ihn auslösen kann. Ob die Amerikaner dann eingreifen würden oder nicht, die Katastrophe wäre da.»

Daß je nach dem Ausfall der Bundestagswahlen im kommenden Herbst Straußens Aufstiegspläne eine Änderung erfahren könnten, ist wenig wahrscheinlich. Der «Spiegel» meint jedenfalls: «Ob die CDU oder die SPD künftig Wahlen gewinnen wird, ist nicht mehr so sehr von Belang. Wichtig erscheint allein, ob Franz-Josef Strauß ein Stück weiter auf jenes Amt marschieren kann, das er ohne Krieg und Umsturz schwerlich wieder verlassen müßte.» Eine unheimliche, eine gespenstische Lage, fürwahr, die sich da in Westdeutschland herausbildet! Sie entspricht aber nur der weltpolitischen Gesamtlage, wie wir sie kennen gelernt haben mit der gänzlichen Blindheit der führenden Staatsmänner des Westens gegenüber den wirklichen Zeitnotwendigkeiten. Den Verblendeten noch so zeitig und wirksam in den Arm zu fallen, daß wenigstens das Äußerste verhütet wird, das bleibt darum die entscheidende Aufgabe, die den Sehenden in allen Ländern jetzt gestellt ist. Möge sie überall erkannt und furchtlos an die Hand genommen werden!

3. Mai *Hugo Kramer*